

Bildung auf der Sekundarstufe II: Ein Recht für alle!

Diskussionspapier 2014

Zusammenfassung (Abstract)

Das vorliegende Papier zeigt, wo aus Sicht des VPOD in der Sekundarstufe II heute Handlungsbedarf besteht und welche Massnahmen ergriffen werden müssen.

Der VPOD vertritt, dass das Recht auf Bildung auch in der Sekundarstufe II umgesetzt werden muss, dass Durchlässigkeit und Chancengleichheit bei den Ausbildungsgängen gestärkt werden und dass Bund und Kantone ihre Verantwortung für eine zukunftsfähige Sek II wahrnehmen. Ausserdem fordert der VPOD gute Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen.

Inhalt

Einleitung

Entwicklung der Sekundarstufe II: Alte Zöpfe und neue Besen

Ungelöste Problem und offene Fragen

Ziele und Forderungen des VPOD

- 1. Chancengleichheit und Durchlässigkeit**
- 2. Recht auf Bildung**
- 3. Rolle von Bund und Kantonen**
- 4. Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen**

Ausblick und Schluss: Für ein Recht auf Weiterbildung

Anhang

Einleitung

In der Sekundarstufe II hat sich viel getan in den vergangenen Jahren. Neue Berufslehren und Maturitätsprofile wurden geschaffen, und zahlreiche Reformen gingen ins Land. Der VPOD setzt sich seit langem dafür ein, dass das Recht auf Bildung auch in der Sekundarstufe II gilt, dass Durchlässigkeit und Chancengleichheit bei den Ausbildungsgängen gegeben sind und dass Bund und Kantone ihre Verantwortung für eine zukunftsfähige Sek II übernehmen. Ausserdem engagiert sich der VPOD für gute Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen.

Das vorliegende Papier zeigt, wo aus Sicht des VPOD heute in diesen Punkten nach wie vor Handlungsbedarf besteht.

Einleitend wird ein kurzer Überblick über Entwicklung der vergangenen Jahre gegeben und auf das zentrale Problem der Zweisträngigkeit und der fehlenden Chancengleichheit gewiesen. Anschliessend werden Probleme und offene Fragen in der Sek II beschrieben und die Lösungsvorschläge des VPOD erläutert.

Die hier vorgestellten Positionen wurden von einer Arbeitsgruppe des VPOD erarbeitet und geben den vorläufigen Stand der Diskussion wieder. Sie sind nicht in Stein gemeisselt, sondern verstehen sich vor allem als Anregungen zur Diskussion und zur Weiterentwicklung.

Entwicklung der Sekundarstufe II: Alte Zöpfe und neue Besen

Aufbau, Organisation und Programme der Bildung auf Sekundarstufe II spiegeln in der Schweiz im Wesentlichen noch immer die Klassengesellschaft des vorletzten Jahrhunderts¹: Damals entstanden „Kantonsschulen“ als Vorbereitung auf die Universitäten und vornehmlich für die (männlichen) Kinder der Gebildeten und Bemittelten und später das völlig andere System der eidgenössischen „Berufslehren“ für eine Auslese aus Handwerkerkreisen und später aus der Arbeiterklasse.

Vieles hat sich seither verschoben: Schulen und Lehren haben Zulauf erhalten, neue Berufslehren und neue Maturitätsprofile wurden geschaffen, der Unterricht hat sich modernisiert, die Bildung der Lehrpersonen hat sich verbessert. Reformen gingen ins Land, von denen sich viele durchaus bewährten.²

Die Sek II ist unterdessen zu einer Bildungsstufe geworden, die alle durchlaufen müssen, um eine genügende Grundlage für das berufliche und private Leben zu haben. So will es die Arbeitswelt und die Gesellschaft. Erfreulicherweise ist der Anteil der Jugendlichen mit einem Sek-II-Abschluss im langsamen, aber stetigen Wachstum begriffen. Bund und Kantone haben sich seit einiger Zeit das Ziel gesetzt, dass 95% der Jugendlichen einen Sek-II-Abschluss haben sollen. **Für**

¹ Mit „Sekundarstufe II“ bezeichnet man heute die Bildungsgänge, die an die obligatorische Volksschule anschliessen, in der Schweiz also im Wesentlichen die eidgenössische so genannte „Berufsbildung“ („Lehre“) und die kantonale so genannte „Allgemeinbildung“ („Gymnasien“ bzw. „Fachmittelschulen“), die mit einer Gymnasialmaturität bzw. mit einer Fachmaturität abschliessen.

² Eine Auflistung wichtiger bildungspolitischer Reformen mit Auswirkung auf die Sekundarstufe II findet sich im Anhang 1. Die jüngste Entwicklung im Bereich der Berufsbildung wird im Papier des SGB "Dix ans de loi sur la formation professionnelle: bilan et perspectives" dargestellt.

den VPOD gilt, dass alle Jugendlichen, welche die obligatorische Schule verlassen, eine Anschlusslösung mit einem anerkannten Abschluss auf Sek II erhalten müssen.

Nach Angaben des Bundesamt für Statistik hatten im Jahr 2011 95.3 % der Jugendlichen im theoretischen Abschlussalter einen Abschluss.³ Etwas anders sieht es aus, wenn man den Übergang ins Berufsleben genauer ansieht. Die Erhebungen im Rahmen der TREE-Studie zeigen, dass der Anteil junger Erwachsener ohne anerkannten Abschluss 10 Jahre nach dem Austritt aus der Schule immer noch hoch ist: ca. 8% in der Deutschschweiz und 17-18% in der Romandie.⁴

Am Grundmuster der zwei strikt getrennten Bildungswege hat sich jedoch trotz vieler Reformen nichts geändert. Nach wie vor teilt das Bildungssystem die Jugendlichen in zukünftige AkademikerInnen und PraktikerInnen auf, obwohl sich diese Zweiteilung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen überlebt hat.

Heute gehen junge Leute mit Gymnasialmatur nicht zwingend an eine Universität oder an die ETH, und längst nicht alle mit einem EFZ haben ihren Beruf fürs Leben gefunden – dennoch werden alle meistens schon nach der Primarschule aufgeteilt in solche, die „einen Beruf lernen“ und solche, die „sich auf ein Studium vorbereiten“. Während die Vielfalt kombinierter Studien auf der Tertiärstufe deutlich zugenommen hat, verharrt die Sek II in dieser Zweiteilung, nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher Zuständigkeiten: Während die Berufsbildung Sache der Bundes ist, liegt der allgemeinbildende Weg in den Händen der Kantone.

Beide Wege haben auf der Sek-II-Stufe ihre spezifischen Stärken und Schwächen; beide könnten von den Stärken der anderen mehr profitieren. Darum sollten auf dieser Stufe gezielt mehr Bildungswege ermöglicht und gefördert werden, die die Lernenden von den Stärken beider Traditionen profitieren lassen, also die Stärken beider Wege vielfältig kombinieren.

Künftige Reformen müssen in diesem Sinne vorausschauend die ganze Sekundarstufe II im Blick haben. Alle Bildungsgänge sollen auf eine Verflechtung von Bildungsinhalten und Lernorten ausgerichtet werden: Je nach Bildungsgang enthalten sie mehr oder weniger – nebeneinander oder nacheinander – allgemein bildende und berufsorientierte, schulische und praktische Bildungsteile.

Vielerorts betrachtet man die Erneuerung der Sekundarstufe II nach der Umsetzung des BBG als abgeschlossen. Aus der Sicht der Beteiligten, von denen auf allen Ebenen viel abverlangt wurde, ist es nur zu verständlich, dass sie nun Ruhe einkehren lassen wollen. Doch sowohl die Umsetzung von „Harmos“ an den Volksschulen wie auch die Entwicklungen auf Tertiärstufe werden über kurz oder lang auch der Sek II wieder Reformen abverlangen. Notwendig ist aus Sicht des VPOD eine Gesamtmodernisierung, d.h. Reformen mit Sicht auf die ganze Sek -II -Stufe.

³ vgl. BFS

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/17/blank/01.indicator.405101.4115.html?open=1#1...>

⁴ <http://tree.unibas.ch/das-projekt/beschreibung/>

Ungelöste Probleme und offene Fragen

Neben dem prägenden Relikt der Zweisträngigkeit gibt es noch viele offene Fragen und ungelöste Probleme in der Sekundarstufe II. Die wichtigsten sind fehlende Chancengleichheit, unzureichende Umsetzung des Rechts auf Bildung, zu wenig Engagement der öffentlichen Hand und unzureichende Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte:

1. Fehlende Chancengleichheit

Bildungserfolg und Bildungswege hängen in der Schweiz nach wie vor in starkem Ausmass von der Herkunft und vom Geschlecht ab. Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern sind deutlich häufiger in den weniger anspruchsvollen Bildungszügen zu finden,⁵ und Mädchen wählen ihre Ausbildung aus einem sehr eingegrenzten Spektrum von "Frauenberufen". Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungswegen hat zwar zugenommen, aber sie reicht noch nicht aus.

2. Eingeschränktes Recht auf Bildung

Zu viele Jugendliche und Erwachsene stehen in der Schweiz noch immer ohne Ausbildung auf der Sek II da, und für Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus und Jugendliche mit Behinderungen ist eine Ausbildung auf der Sek II nicht oder kaum zugänglich.

3. Zu wenig Engagement des Staates

Bund und Kantone nehmen ihre Verantwortung auf der Sek II nur unvollständig wahr.

4. Unzureichende und ungleiche Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen

Die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen der Sek II sind uneinheitlich und unzureichend. Dazu kommt eine grundsätzliche Reformmüdigkeit der Lehrpersonen, die in den vergangenen Jahrzehnten mit einer Fülle von Reformen und neuen Aufträgen beladen wurden, ohne dass ihnen die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden.

Viele Fragen und Probleme müssen in den nächsten Jahren gelöst werden, wenn die Sek II weiterhin zukunftsfähige Ausbildungen für alle anbieten will. Im Folgenden finden sich Vorschläge und Forderungen, die zur Lösung der genannten Probleme beitragen. Analyse und Vorschläge beschränken sich auf genannte Stufe, ungeachtet der Tatsache, dass viele Probleme wie beispielsweise die hohe Selektivität des schweizerischen Bildungssystems, das fehlende Mehrsprachigenkonzept u.a. nicht erst in dieser Stufe wirksam sind. Die VPOD-Positionen zu diesen und anderen wichtigen Fragen des Schulsystems sind in anderen Papieren des VPOD festgehalten.

Die Idee der **Chancengleichheit** und das Ziel der **gesellschaftlichen und sozialen Integration** sind die Massstäbe und die grundlegende Herausforderung für den VPOD bei der Umsetzung einer kohärenten Sekundarstufe II.

⁵ Vgl. dazu die Forschungsergebnisse von W. Kronig, u.a. "Die systematische Zufälligkeit des Bildungserfolgs", 2007. Siehe auch vpod-bildungspolitik Heft 150.

Der VPOD verlangt, dass die Bildungsgänge der Sekundarstufe II dazu befähigen, nützliche Arbeit zu leisten und sich das Leben zu verdienen, sich weiterzubilden, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, bei der Entwicklung der Gesellschaft mitzubestimmen und das private Glück zu verfolgen.

Die Sekundarstufe II muss in der ganzen Schweiz so konzipiert werden, dass sie allen Schichten und Gruppen der Gesellschaft ermöglicht, eine nachobligatorische Bildung zu erwerben, die eine hinreichende Basis für ihr Berufsleben, für ihr Privatleben und für ihre Weiterbildung darstellt. Dies unabhängig von sozialer, kultureller, regionaler oder nationaler Herkunft und unabhängig von rechtlichem Status, Geschlecht, Alter und gesundheitlichen Einschränkungen.

Jede Bildung auf dieser Stufe muss dazu befähigen, sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen und sich weiterzubilden. Jeder Bildungsgang muss mit einem Zertifikat abschliessen, das zur Weiterbildung auf Tertiärstufe berechtigt.

Unsere Vision ist eine kohärente Sekundarstufe II mit einem gemeinsamen Auftrag, einem gemeinsamen Selbstverständnis und einer gemeinsamen Sprache: eine Bildungsstufe, auf der alle Jugendlichen, aber auch Erwachsene die Grundlagen schaffen können für ein erfülltes gesellschaftliches Leben, für ihre Weiterbildung und für ihre Erwerbsfähigkeit.

Auf der Sekundarstufe II sind heute noch immer zahlreiche Fallstricke und vielerlei diskriminierende Barrieren wirksam, so etwa im Bereich der schulischen Strukturen und Programme, wegen des segregierten Bildungs- und Arbeitsmarkts und der Konjunkturabhängigkeit der Berufsbildung (Anzahl und Qualität der Lehrstellen).

Sie sind Hürden für Jugendliche und Erwachsene der Unterschicht, für Frauen, für Menschen ohne Schweizer Pass bzw. anderer kultureller Herkunft und für behinderte Menschen.

Auffallend sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Zwar haben unterdessen ungefähr gleich viele Frauen wie Männer einen Sek-II-Abschluss, doch sind die jungen Frauen deutlich häufiger bei den allgemeinbildenden Abschlüssen zu finden (29.4% gegenüber 18.9 bei den jungen Männern). In der beruflichen Grundbildung finden sich dagegen 65.2% der Frauen gegenüber 77% der jungen Männer.

Ziele und Forderungen des VPOD

Um die Probleme der Sek II zu beheben, braucht es konkrete Massnahmen auf verschiedenen Ebenen. Manche könnten, wenn der politische Wille da wäre, leicht und zügig umgesetzt werden. Andere müssen noch ausführlicher diskutiert werden und benötigen einen längeren Horizont.

Konkret fordert der VPOD im Hinblick auf die aktuellen Probleme der Sek II folgende Massnahmen:

1. Chancengleichheit und Durchlässigkeit

Problem:

Die Sekundarstufe II folgt dem überholten Grundmuster von zwei getrennten Bildungswelten.

Der VPOD fordert:

Die Dominanz der zwei strikt getrennten traditionellen Bildungswelten („Duale Lehre“ und „Gymnasium“) muss überwunden werden. Als nachobligatorische Grundbildung für alle muss die Sekundarstufe II ausreichend öffentliche und staatlich anerkannte Bildungswege anbieten, so dass jede und jeder eine Bildung erwerben kann, die optimal den persönlichen Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

Alle Bildungsgänge auf dieser Stufe müssen – in unterschiedlichem Verhältnis – theoretische und praktische Bildung sowie allgemeine und gesellschafts- bzw. arbeitsweltbezogene Kenntnisse und vermitteln.

Alle Bildungsgänge auf dieser Stufe müssen – unterschiedlich gewichtet – mehrere Lernorte kombinieren, d.h. Lernen in schulischem wie auch Lernerfahrungen in einem anderen gesellschaftlichen Umfeld (produktiver Betrieb, Lernwerkstatt bzw. „dritter Lernort“, Sprachaufenthalt, öffentliche Einrichtung, kulturelle oder soziale Institution o.ä.). Der zeitliche Anteil der schulischen Bildung soll auf dieser Stufe durchschnittlich mindestens 20% und höchstens 90% betragen.

Problem:

Für Jugendliche in der Sekundarstufe II gilt zweierlei Recht.

Jugendliche in der beruflichen Bildung unterstehen dem Arbeitsgesetz. Sie haben einen bewilligungspflichtigen Arbeitsvertrag und weniger Ferien als Jugendliche in den allgemeinbildenden Schulen.

Der VPOD fordert:

In rechtlicher Hinsicht müssen alle Lernenden dieser Bildungsstufe gleichgestellt werden. Wo nötig werden die rechtlichen Grundlagen in diesem Sinne angeglichen. Alle Jugendlichen auf dieser Bildungsstufe haben pro Jahr mindestens 7 Wochen Ferien.

Problem:

Programme und Strukturen der Sek-II-Bildungsgänge sind inkohärent.

Der VPOD fordert:

Programme und Strukturen der Sek-II-Bildungsgänge müssen gesamtschweizerisch kohärenter werden; die Zugänge aus der Volksschule sowie die Anschlüsse an die Tertiärstufe sind einheitlich zu regeln.

Wo es Aufnahmeprüfungen gibt, sind gleichwertige Wege „par dossier“ zu ermöglichen.

Die Anforderungen für die Aufnahme in einen bestimmten Bildungsgang müssen zweckmässig sein sowie verständlich formuliert und kommuniziert werden.

Es darf keine versteckten Numerus-clausus-Mechanismen geben.

Problem:

Zu viele Berufe werden fast ausschliesslich von Frauen oder fast ausschliesslich von Männern ausgeübt.

Es ist immer noch nicht gelungen, die starke Segregation des Ausbildungs- und Arbeitsmarkts nach Geschlecht aufzulösen: Viel zu viel Berufe werden nur von einem Geschlecht gewählt, und insbesondere Mädchen sind in ihren Berufsentscheidungen äusserst eingeschränkt und wählen deutlich häufiger den allgemeinbildenden Weg.

Der VPOD fordert:

Es braucht auf allen Schulstufen gezielte Förderprogramme, um Buben und Mädchen für ungewohnte Berufe zu interessieren. Fachpersonen in Ausbildung und Beratung müssen sensibilisiert und geschult werden, damit die verschiedenen Ausbildungsgänge für Jugendliche unabhängig vom Geschlecht interessant sind. Unter anderem müssen junge Frauen vermehrt für technische und handwerkliche Berufe motiviert werden, junge Männer vermehrt für Pflege- und Betreuungsberufe.

Die Lehrpersonen der Sek II müssen ebenfalls für diese Fragen sensibilisiert und befähigt werden, mit den Schülerinnen und Schülern daran zu arbeiten (Lehrerbildung, Weiterbildungsangebote).

Problem:

Die horizontale und vertikale Durchlässigkeit ist nach wie vor unzureichend.

Die "Passerellen" und "Validations des acquis" erweisen sich in der Praxis als zu kompliziert und aufwändig, um ihren Zweck zu erfüllen, und sie werden kantonal sehr unterschiedlich gehandhabt.

Die horizontale Durchlässigkeit ist nach wie vor unzureichend. Es fehlen lösungsorientierte Anerkennungsregelungen, besonders für den Übergang von einer Berufslehre in allgemeinbildende Vollzeitschulen und umgekehrt. Die Folgen sind überlange „Patchworkbildungen“, Umwege, Doppelqualifikationen ohne Anerkennung sowie Schul- und Lehrabbrüche.

Der VPOD fordert:

Es braucht lösungsorientierte Anerkennungsregelungen, besonders für den Übergang von einer Berufslehre in allgemeinbildende Vollzeitschulen und umgekehrt.

Wo immer möglich werden Bildungsgänge dieser Stufe räumlich und organisatorisch zusammengeführt („Bildungszentren“).

Brückenangebote und „Zwischenlösungen“ aller Art für den Übergang von der Volksschule in die Sekundarstufe II müssen – wenn unumgänglich – in ausreichender Anzahl und Vielfalt angeboten werden; ihre Qualität muss gesamtschweizerisch definiert und gesichert werden; und sie müssen auch vom Bund unterstützt werden. Sie dürfen jedoch nicht zu einer „Warteschlange“ werden. Die Lernleistungen im Rahmen von Brückenangeboten müssen wenn immer möglich anerkannt und an anschliessende Bildungsgänge angerechnet werden.

Die Erfahrungen mit den Passerellen und den Validations des acquis müssen sorgfältig ausgewertet werden mit dem Ziel der Vereinfachung. Ausserdem müssen auch in den Berufen auf Tertiärstufe solche Wege zu einem Abschluss eingeführt werden.

Problem:

Die Maturaquote ist zu niedrig im Hinblick auf den Bedarf an tertiär ausgebildeten Fachkräften.

Obwohl es einen wachsenden Bedarf an tertiär ausgebildeten Berufsleuten gibt, werden nicht genug Jugendliche zur Matur geführt. Insbesondere die Berufsmatur braucht mehr Förderung.

Der VPOD fordert:

Der Zugang zur Maturität muss unabhängig vom Wohnkanton und vom familiären Hintergrund gewährleistet sein. Besonders das Potential der Migrationsbevölkerung muss besser erkannt und gefördert werden. Die Berufsmaturität muss verstärkt gefördert werden.

Wo immer möglich soll die Berufsmaturität während der Lehre absolviert werden können. Im Ausland erworbene Maturitäten müssen gleichwertig anerkannt werden.

2. Recht auf Bildung

Problem:

Das Recht auf Bildung ist zu eng gefasst.

Obwohl eine Berufsausbildung heute eine zwingende Voraussetzung ist, um in der Gesellschaft ein selbständiges Leben in Würde führen zu können, gilt das Recht auf Bildung in der Schweiz nur bis zum Ende der Sek I.

Jugendliche mit geistigen und/ oder körperlichen Einschränkungen haben grosse Schwierigkeiten, eine Ausbildungsplatz zu finden. Für Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus ist es nahezu unmöglich, eine Berufsausbildung zu machen.

Stipendien sind rar, oft zu niedrig und ihre Verfügbarkeit hängt vom Wohnkanton ab. Zudem führt ein Stipendium an manchen Orten dazu, dass Sozialhilfeleistungen für die Familie des Jugendlichen gekürzt werden, so dass die Familie im Ergebnis schlechter dasteht als vorher.

Der VPOD fordert:

Das Recht auf Bildung muss eine Ausbildung auf der Sek II umfassen. Die Bildung auf dieser Stufe muss für Jugendliche generell kostenlos sein (auch Zwischenlösungen, BM, eidgenössische Matur, etc.).⁶ Auch Erwachsene, die keine Berufsausbildung haben, müssen sich einfach nachqualifizieren können.

Das Recht auf eine Ausbildung auf der Sek II muss für alle Jugendlichen gelten, auch für Jugendliche mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen und Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus.

Jugendliche mit Behinderung mit Anspruch auf Sonderschulung müssen bis zum 18. Altersjahr geschult werden, wenn sie keine Berufsausbildung beginnen können.⁷

Es braucht Stipendien für die Ausbildung auf der Sek II, die allen BürgerInnen unabhängig vom Wohnortkanton zugänglich sind und zum Leben reichen. Die Stipendienskalen müssen mit den Skalen der Sozialhilfe so koordiniert sein, dass ein Stipendienbezug nicht zu einer Verschlechterung der ökonomischen Situation führt.

Für den Erhalt von Grundkompetenzen muss mehr Geld vorgesehen werden.

⁶ siehe auch die Forderungen der Bildungsinitiative Zürich: <http://bizh.ch/>

⁷ zum Thema Berufsbildung für behinderte Jugendliche siehe auch die Petition der Verbände insieme, cerebral und Procap, <http://www.berufsbildung-für-alle.ch/index.html>

3. Rolle von Bund und Kantonen

Im Vorhergehenden wurde bereits eine Reihe von Aufgaben erwähnt, bei denen die öffentliche Hand – Bund, Kantone, Gemeinden – Verantwortung übernehmen müsste. Dazu gehören:

- Programme zur Bekämpfung der Geschlechtssegregation im Ausbildungsbereich und zur Förderung der Berufsmaturität;
- Umsetzung des Rechts auf Bildung für behinderte Jugendliche und Jugendliche ohne geordneten Aufenthaltsstatus;
- der Ausbau und die Harmonisierung des Stipendienwesens.

Im Folgenden sind weitere Probleme aufgeführt, welche vorrangig von Bund und Kantonen gelöst werden müssen.

Problem:

Angebot und Nachfrage in der Berufsbildung stimmen nicht überein, zukunftssträchtige Berufe bilden zu wenig aus.

Angebot und Nachfrage passen in der beruflichen Grundbildung nicht zusammen. Manche Berufe werden überrannt, für andere finden sich nicht genügend qualifizierte Lernende. In den Bereichen der Pflege und der Betreuung von Kindern und Erwachsenen wie auch im IT-Bereich werden - im Hinblick auf die ansteigende Nachfrage in den kommenden Jahren - nicht genügend Fachleute ausgebildet.

Das Anpassen von Bildungsverordnungen ist zwar leichter geworden, doch fehlt es an neuen Berufen in zukunftssträchtigen Berufsfelder. Und zu viele Firmen sind "Trittbrettfahrer", d.h. sie bilden nicht selber aus.

Der VPOD fordert:

Um mehr Betriebe an der beruflichen Grundbildung zu beteiligen, müssen in allen Kantonen tripartite Berufsbildungsfonds für die nötigen Mittel und für einen sinnvollen Lastenausgleich sorgen. Wo es nicht genügend Ausbildungsbetriebe gibt, braucht es zusätzlich Lehrwerkstätten für die Ausbildung.

Eine Reihe von Berufsausbildungen muss im Hinblick auf den wachsenden Bedarf an Fachleuten gezielt gefördert werden, beispielsweise die Berufe im Bereich der Pflege, der Kinderbetreuung, der Altenbetreuung und im IT-Bereich.

Soweit sich die Wirtschaft an der Bildung auf dieser Stufe verantwortungsbewusst beteiligt, müssen Bund und Kantone die Sozialpartner – Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften – bei der Gestaltung von Bildungsprogrammen und -Strukturen einbeziehen.

Problem:

Forschung, Innovation und Entwicklung für diese Stufe sind ungenügend.

Der VPOD fordert:

Der Bund muss mehr Mittel für Forschung, Innovation und Entwicklung des Bildungsangebotes auf dieser Stufe bereitstellen.

4. Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen

Die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen, welche auf der Sek II unterrichten, unterscheiden sich sehr je nach Schule und kantonalen Bestimmungen. Viele Lehrpersonen müssen eine riesige Arbeitslast bewältigen und sehen sich nicht mehr in der Lage, ein volles Pensum auszufüllen. Gleichzeitig sehen sie sich mit einer kontinuierlichen Abwertung ihres Berufes konfrontiert.

Problem:

Ausbildungs- und Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen in den berufsbildenden und den allgemeinbildenden Schulen klaffen auseinander und spiegeln das Konzept der getrennten Kulturen.

Der VPOD fordert:

Die Ausbildungsgänge der Sek-II-Lehrpersonen müssen grundsätzlich gleichwertig sein, die Abschlüsse müssen generell zum Unterrichten auf der Sek-II-Stufe befähigen.

Arbeitszeit, Anstellungsbedingungen und Löhne der Sek-II-Lehrkräfte müssen vergleichbar sein.

Die Diplome für den Berufsschulunterricht von PHs und EHB müssen als gleichwertig anerkannt werden.

Problem

Die tägliche Arbeitslast wächst, zur eigentlichen Lehrtätigkeit kommen immer weitere Aufgaben dazu.

Grössere Klassen brauchen mehr Zeit (beispielsweise für Korrekturen, Vorbereitung, Elterngespräche etc.). Zudem wachsen die administrativen Aufgaben stetig an, und auch die gemeinsamen Aktivitäten an den Schulen nehmen zu, so dass die Zeit für die eigentliche Unterrichtsvorbereitung (Lektüre, Vorbereitung, Korrekturen,...) immer knapper wird.

Der VPOD fordert:

Die Klassengrössen müssen bei den Pensenberechnungen berücksichtigt werden.

Lehrpersonen müssen nur administrative Aufgaben erledigen, die direkt mit ihrem pädagogischen Auftrag verbunden sind, und gegebenenfalls eine Kompensation (Zeit oder Lohn) erhalten.

Kollektive Aktivitäten der Schule, zu welchen die Lehrpersonen herangezogen werden, sollen pädagogischer Natur und begrenzt sein. Der Beschäftigungsgrad der Lehrpersonen muss dabei berücksichtigt werden.

Problem:

Unterschiedliche Behandlung von Lehrerinnen und Lehrern

Im Gegensatz zu anderen Branchen und Berufen werden Lehrerinnen in Bezug auf die Löhne nicht diskriminiert. Trotzdem gibt es auch an den Schulen störende Ungleichbehandlung zwischen Frauen und Männern. In allgemeinbildenden Schulen arbeiten ca. 44% Frauen, in den Berufsschulen sind es 40%⁸. Dazu kommt eine Segregation nach Fächern (Frauen in den Geisteswissenschaften, Männer in den Naturwissenschaften).

Darüber hinaus sind Führungspositionen und Stellen mit abwechslungsreichen Sonderaufgaben überwiegend in den Händen von Männern.

Der VPOD fordert:

Schulleitungen müssen darauf achten, dass Sonderaufgaben ausgeglichen zwischen Männern und Frauen verteilt werden. Es soll vermieden werden, dass Frauen einseitig mit pädagogischen Aufgaben und Männer einseitig mit Führungsaufgaben betraut werden.

Die Anstellungspolitik soll geschlechtergerecht sein. Der Frauenanteil bei den Lehrpersonen der Sek II soll erhöht werden, auch in den einzelnen Fächern soll eine ausgeglichene Verteilung angestrebt werden.

Bund und Kantone engagieren sich aktiv für eine Sensibilisierung der betroffenen Personen in diesem Bereich.

Problem:

Prekäre Anstellungsverhältnisse an den Schulen

Bei Lehrpersonen wird die Probezeit im Vergleich zu anderen Berufen übermässig ausgedehnt, da sie erst nach einem Jahr einen unbefristeten Vertrag erhalten können. Häufig werden unbefristete Verträge über mehrere Jahre weitergeführt, was für die Betroffenen grosse Unsicherheit bedeutet. Sie werden als Reserve eingesetzt, die von einer Schule zur anderen verschoben werden kann und deren Anstellungsgrad je nach aktuellen Bedürfnissen angepasst wird.

⁸ nach Angaben des BfS 2011

Der VPOD fordert:

Alle Formen der Prekarisierung von Stellen müssen beseitigt werden.

Das Probejahr (befristete Anstellung) für neue Lehrpersonen muss auf 3 Monate reduziert werden.

Problem:

Fehlende Informationen in der Sek I

Die Lehrpersonen in den abgebenden Schulen (Sek I) wissen zu wenig über die Bildungswege auf der Sek II und deren Anforderungen; sie können Schülerinnen und Schüler oft nicht ausreichend informieren und auf die Sek II vorbereiten.

In obligatorischen Schule müsste es mehr Personen geben, die Erfahrungen in der Berufswelt haben, doch sind die Hürden für Berufsleute, welche Lehrer oder Lehrerin werden wollen, zu hoch.

Der VPOD fordert:

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen muss in dieser Hinsicht verbessert werden.

Generell braucht es mehr Volksschullehrpersonen, die auch Erfahrungen in der Berufswelt haben. Die Hürden für Berufsleute, Lehrer oder Lehrerin an der Volksschule zu werden, müssen gesenkt werden. Die PH muss für Personen mit Berufsmatur (und Berufserfahrung?) ohne Zusatzhürden zugänglich sein.

Ausblick und Schluss: Für ein Recht auf Weiterbildung

Die Bilanz zur Sekundarstufe II zeigt, dass nach wie vor grosser Entwicklungsbedarf besteht. Aus Gewerkschaftsperspektive ist es prioritär, dass Zugang und Durchlässigkeit der Sek II erhöht werden, dass Bund und Kantone mehr Verantwortung übernehmen, und dass die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen verbessert werden.

Doch mit der Sekundarstufe II ist die Ausbildung nicht abgeschlossen, auch nicht für Personen mit einem EFZ. Weiterbildungen sind in vielen Branchen und Berufen unabdingbar, wenn man nicht den Anschluss verlieren will. Viele ArbeitnehmerInnen bezahlen ihre Weiterbildungen aus der eigenen Tasche und geben viel Geld dafür aus. Nach Schätzungen des BfS wurden in der Schweiz für Weiterbildung im Jahr 2006 rund 5.3 Milliarden Franken ausgegeben. Rund die Hälfte davon zahlen die ArbeitnehmerInnen selber, wobei Frauen noch häufiger selbst zahlen als Männer.⁹

⁹Vgl. <http://www.dievolkswirtschaft.ch/editions/200906/pdf/Messer.pdf>

Es ist in diesem Zusammenhang nicht akzeptabel, dass der Bereich der Weiterbildung in der Schweiz fast ganz dem freien Markt überlassen ist.

Beim Entwurf des neuen Weiterbildungsgesetzes wurde versäumt, den Zugang zur Weiterbildung zu verbessern und die Verantwortung von Staat und Arbeitgebern zu definieren. Stattdessen wurden die schädlichen Marktmechanismen gestärkt und die öffentlichen Angebote geschwächt. Das wichtige Thema „Erhalt von Grundkompetenzen bei Erwachsenen“ wurde zwar aufgenommen, aber keine ausreichende Finanzierung dafür vorgesehen.

Der VPOD ist der Auffassung, dass Weiterbildung für alle bezahlbar und zugänglich sein muss. Alle ArbeitnehmerInnen müssen das Recht auf 5 Tage bezahlten Weiterbildungsurlaub pro Jahr erhalten. Die Kantone müssen Information und Beratung in diesem Bereich stärken und gezielte Massnahmen ergreifen, um den Zugang zur Weiterbildung zu vereinfachen.

Zürich, 2014, Arbeitsgruppe Sek II

Anhang

Wichtige Reformen der vergangenen Jahrzehnte mit Auswirkungen auf die Sekundarstufe II (unvollständige Auflistung)

- In den 1960er-Jahren öffneten sich die „Mittelschulen“ breiteren Kreisen (u.a. mit „Kurzgymnasien“ und „Diplommittelschulen“).
- In den 1990er-Jahren wurde die **Berufsmaturität BM** eingeführt; sie öffnete den Berufslernenden einen regulären Weg an die Hochschule bzw. an die vom Bund neu geschaffenen Fachhochschulen.
- Kürzlich wurde die **Fachmaturität FM** eingeführt, die ihrerseits den Weg von den Fachmittelschulen (ehem. Diplommittelschulen) zu einigen Fachhochschulen öffnete.
- Vor 10 Jahren wurde als Ergänzung der Berufsmaturität die einjährige „**Passerelle**“ eingerichtet, die zur Gymnasialmaturität führt.
- Gesamtschweizerische **Rahmenlehrpläne** als Basis für lokale Lehrpläne wurden geschaffen bzw. erneuert. In der Berufsbildung gibt es einen Rahmenlehrplan nun auch für die „Berufsbildungsverantwortlichen“ (Lehrpersonen und betriebliche AusbilderInnen).
- In vielen Kantonen wurde das „**Langzeitgymnasium**“ (ab 7. Schuljahr) abgeschafft. Ende der 1990er-Jahre wurde das Gymnasium generell um ein Jahr verkürzt und die Wahl von „Profilen“ ermöglicht.
- 2004 trat ein **neues Berufsbildungsgesetz** in Kraft, mit dem der Bund neu für alle „Beruflichen Grundbildungen“ inkl. „Höhere Berufsbildung“ (Höhere Fachschulen HF) zuständig wurde. Die Berufsbildungsabschlüsse wurden seither systematisiert und auch flexibilisiert und eine Reihe von neuen eidgenössisch anerkannten Ausbildungswegen wurden geschaffen, nicht zuletzt im Gesundheits- und Betreuungsbereich.
- Als neuen eidg. Abschluss von zweijährigen beruflichen Grundbildungen wurde das **EBA** geschaffen.
- In den Kantonen wurden **Zwischenlösungen** aller Art eingerichtet für SchulabgängerInnen ohne direkte Anschlusslösung. (10. Schuljahre etc. / Teil der Sek II!)
- Aktuell sind verschiedene Projekte zur gesamtschweiz. HF-Koordination im Gange.:
 - Die **Abschlüsse und Bezeichnungen im Bereich der Berufsbildung** wurden vereinheitlicht.
 - Die Ausbildungsgänge sind kohärenter und insgesamt durchlässiger geworden, es gibt national einheitliche Anforderungen für den Hochschulzugang für BerufsmaturandInnen (?) und für die Ausbildung der Berufsschullehrkräfte.
- In fast allen Kantonen ist die **Berufsbildung in die Hände der Erziehungsdirektionen** gelegt worden, so dass berufliche und schulische Bildung unter dem gleichen Dach zu finden sind.

- 2012 wurde schliesslich ein **Bundesamt für Bildung** (Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBF) geschaffen, welches für den gesamten Bildungsbereich auf Ebene des Bundes zuständig ist.
- Weitere Stichworte: Bildungsrahmenartikel BV, FH-Gesetz, Uni-Förderungsgesetz 2012, „Harmos“.